

Danziger Zeitung.



Nr. 9150.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ ersch. int wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Rl. 50 Pf. — Auswärts 5 Rl. — Inserate, pro Pit. Zeile 20 Pf., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitnauer und Rud. Rosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hafenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Versailles, 3. Juni. In der Budget-Kommission machte der Finanzminister die Mitteilung, daß die Einnahmen aus den indirekten Steuern innerhalb der ersten 5 Monate dieses Jahres den Vorschlag um 34 Millionen Tres. überschreiten haben. Der Minister hofft, daß er bei dem gleichen Fortgange der Einnahme nicht genötigt sein werde, die von der Bank bereit gehaltenen 80 Millionen Tres. in Anspruch zu nehmen. — Remusat ist ernstlich erkrankt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 2. Juni. Der Bundesrat hat den Recurs, welcher Seitens der Ultramontanen gegen die nach dem neuen Berner Cultusgesetz organisierte katholische Synode eingereicht worden war, abgewiesen.

Washington, 1. Juni. Die öffentliche Schulde hat sich im vergangenen Monat Mai um 1,189,000 Dollars verringert. — Schatzsecretär Bristow hat weitere 10 Millionen Dollars *over Bons* (Coupon-Obligationen) zur Rückzahlung gekündigt, die Verzinsung derselben hört am 1. September d. J. auf. Es scheint sonach derselbe Betrag von dem Syndicat für die neue Anleihe fest übernommen zu sein. — Der Schatz-Secretär hat in einer in Louisville gehaltenen Rede sich gegen die Vermehrung der in Umlauf befindlichen Papierzahlungsmittel ausgesprochen und die Wiederaufnahme der Zahlung in Metall für die Wohlfahrt des Landes unerlässlich erklärt.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 2. Juni.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Ankauf und die Bollendung der Pommer'schen Central-Eisenbahn und der Berliner Nord-Eisenbahn, sowie die Benutzung der verfallenen Cautionen für die bezeichneten Eisenbahnunternehmungen. Die Commission hat die Vorlage fast unverändert genehmigt. Sie ermächtigt den Handelsminister im § 1, die im Bau begriffenen Bahnen (Wagener-Reutteff-Comis und Berlin-Neubrandenburg-Strelitz) nebst Zubehör für höchstens 2,250,000 Mill. resp. 6,000,000 Mill. für Rechnung des Staates anzukaufen, zu vollenden und in Betrieb zu nehmen. Dazu sollen nach § 2 verwendet werden die verfallenen Cautionen und der entsprechende Betrag in Schuldschriften, bis zur Höhe von 15,300,000 Mill. für die Centralbahn und von 22,500,000 Mill. für die Nordbahn. Die Vorlage hatte den Bedarf in Höhe dicker beiden Beiträge für die Commission aber die Möglichkeit eines geringeren Bedarfes in Aussicht genommen. Es ist dies die einzige Änderung, die sie an der Vorlage vorgenommen hat.

Abg. Kieschke: Der Nutzen des Anbaus der beiden Bahnen steht nicht im Verhältniß zu den Opfern, welche der Staat bringen soll. Beide concurren mit jenen Bahnen, für welche der Staat das Zusagengarantie übernommen hat und alljährlich Zuschüsse leisten muß. Der Hinterpommersche und Cöslin-Danziger Bahn wird die Pommersche Centralbahn, der Vorpommersche Bahn die Berliner Nordbahn einen Theil des Verkehrs entziehen. Durch Übernahme der beiden Bahnen wird sich also der Staat selbst Concurrē machen, die beiden neuen Bahnen werden bei weitem nicht die alten decken, die beiden älteren Pommerschen Bahnen aber noch größere Zinsauschüsse, als bisher, erfordern. Die Pommersche Centralbahn durchschneidet arme, nur Landwirtschaft treibende Gegenenden, so daß von dem Lokalverkehr nicht viel zu erwarten ist; die Berliner Nordbahn wird auch den großen Handelsstraßen über Lübeck und Stettin den schwedischen, dänischen und russischen Verkehr nicht entziehen. Besser das in jenen Unternehmungen stehende Kapital zu Grunde gehen zu lassen, als durch neue Verwendungen, die keinen Erfolg haben werden, das Nationalvermögen noch mehr zu schädigen. Durch eine anderweite Benutzung der geforderten 38 Millionen Mill. insbesondere durch den Bau von Secundärbahnen in den betreffenden Landesteilen würde ihnen weit besser gedient werden.

Abg. v. Löpfer-Löpersdorf: Die Verhältnisse der Nordbahn sind mir unbekannt, genau bekannt dagegen die der Centralbahn. Die Bedeutung der letzteren ist keine lokale, vielmehr bildet sie ein notwendiges Zwischenstück norddeutscher Verkehrswege. Sie kürzt die große Verkehrsroute von Osten nach Westen, zwischen Preußen und Stettin um etwa 6 Meilen ab. Es muß daher unzweckhaft ein großer Theil des Verkehrs zwischen Preußen und der Hauptstadt Preußens dieser Bahn zu Gute kommen. Aus demselben Grunde kann die Pommersche Centralbahn der Hinterpommerschen keine Konkurrenz machen, sondern sie muß den Verkehr dieser Bahn durch den erhöhten Verkehr mit dem Osten steigern. Noch lukrativer wird sich die Pommersche Centralbahn herausstellen, sobald die Bahn zwischen Stargard und Stettin gebaut ist, was mit einer Frage der Zeit kein kann. Man kann dem Staat aus finanziellen Rücksichten zur Übernahme dieser Bahn aufdringen. (Oho! Heiterkeit links.) Es ist nicht meine Absicht, hier für die Actionäre dieser Bahn einzutreten, aber das ist doch wohl unzweckhaft, daß die Actionäre nicht etwas durch den Nimbus und die frühere glänzende Stellung des Herrn Wagener zum Ankauf der Aktien bewogen wurden, sondern durch den guten Glauben an die Sache selbst.

Abg. Richter (Hagen): Von Actionären im eigentlichen Sinne des Wortes ist bei diesen Bahnen gar nicht die Rede. Die Bahnen sind unternommen worden von dem Fürsten Putbus und Herrn Wagener, und beide haben sich das zur Cautionstellung erforderliche Geld durch die Schuster-Oder-Bank und die Berliner Bank verschafft. Dann hat man angefangen, ohne Geld zu bauen und die Aktien untergebracht, indem man die Bauunternehmer mit Aktien bezahlt oder Aktien an der Börse verkaufte. So sind überhaupt die Aktien entstanden. Die uns vorliegende Zeichnungsliste der Centralbahn beweist, daß die Zeichnungen zum allergrößten Theil Scheinzeichnungen sind von Leuten, die nicht im Stande waren, sie zu realisieren und unter der Prüfung, daß man sie nicht belangen werde, gegen ½ Proc. Provision zu zeichnen die Gefälligkeit hatten.

Für die Centralbahn betragen die ernsthaften Zeichnungen aus ihrer Umgebung nur 3—400,000 Thlr., was nicht für die glänzenden Aussichten der Bahn reicht: eingezahlt sind überaupt nur 150,000 Thlr., volle Zahlung nur 74 Aktien der Centralbahn. Der gegenwärtige Kreis der Actionäre hat mit der Entstehung der Bahn nichts zu thun. Das sind Leute, die auf ihr eigenes Risiko hin die Aktien in Zahlung genommen oder an der Börse gekauft haben und müssen ihren Schaden selbst tragen. Sie können vor uns verlangen, daß wir ihnen den Werth dieser Bahnen bezahlen. Aber was ist der Werth der Bahnen? Doch nicht der Bauwerth? Was hat der Bauwerth mit dem VerkehrsWerth zu schaffen? Die aufgewandten Kosten beweisen niemals etwas für den Werth einer Anlage. Wenn ein Edelstein oder eine Münze in den Brunnen gefallen ist, so kann man nicht mehr von dem Wertwerth dieser Münze sprechen. Sie kann gar keinen Werth mehr haben, wenn es mehr kostet sie herauszuholen als ihr Wertwerth angegeben ist. Der Werth einer Eisenbahnlinie hängt lediglich von der Rentabilität ab. Die Motive haben die billige Bemerkung, diese Bahn werde sich nach einer für ihre Entwicklung ausreichenden Periode rentieren. Das heißt mit anderen Worten: Diese Bahnen werden sich rentieren, wenn sie aufgehört haben sich nicht zu rentieren. (Heiterkeit.) Einwas concreter ist die Darstellung des Commissionsberichts, aus der ich aber nur schließe, daß sich die Nordbahn etwa in 12 Jahren mit 3—3½ Proc. rentieren wird. Wenn ich aber ein Kapital auf Zinseszins lege, so verdoppelt sich das befürchtlich in 14 Jahren; rentiert sich also die Bahn nach 14 Jahren zu einem niedrigen Zinsfuß, so heißt das so viel, als die Bahn wird sich zur Hälfte rep. zum Drittel des jetzt verlangten Kapitals überhaupt nicht rentieren. Auf den Werth, den die Anlagen sonst haben würden, kann es nicht ankommen; die einzige maßgebende Taxe ist der Werth, den die Bahn beim Einzelverkauf ergeben würde, danach bezahlen wir aber die Bahnen mit 240,000 Mill. zu teuer. Die Schädigung des Nationalvermögens, von der im Commissionsbericht so viel die Rede ist, ist einmal da und nicht wieder gut zu machen; jetzt erweitern wir noch den Schaden, wenn wir Capitalien in diese unrentable Unternehmung stecken. Nun sagt man: das allgemeine Verkehrsinteresse müsse hier mitgeschreckt. Inwieviel dies eine Verübung verdient, darüber haben wir bei der 120-Millionen-Auseinanderseit mit der 50-Millionen-Auseinanderseit ausführlich verhandelt. Man meinte damals, damit dem allgemeinen Verkehrsinteresse für eine Reihe von Jahren genügt zu haben. Weitere Bahnbauten sollten Sachen der betreffenden Provinzen, Kreise und Gemeinden sein. Nun ist bei diesen Bahnen von Anstrengungen der Kreise und Provinzen so gut wie gar nicht die Rede. Für die Centralbahn habe ich das bereits ausgeführt und bei der Nordbahn liegt die Sache ebenso. 12½ Mill. sind für die Nordbahn angelegt gewesen, der Zeichnungsbogen war aber nie zu finden. (Hört!) Von dieser Summe sind aber 10,900,000 Thaler von dem Registratur Bernhardt und dem Ingenieur Tiegle gezeichnet worden. (Heiterkeit.) Es kann also von Zeichnungen wirklicher Adjacenten überhaupt nicht die Rede sein. Auch die 500,000 Thlr. die Mecklenburg-Strelitz ernsthaft gezeichnet hat, stehen in keinen Verhältnissen zu dem, was den preußischen Staaten jetzt angekommen wird. Früher, als man noch solide Grundstücke beim Bahnhof befolgte, fragte man zuerst: was werden die Adjacenten thun? Sie müssen wenigstens den Grund und Boden unentgeltlich hergeben! Im vorigen Jahre hat der Fürst Putbus vielfach im Herrenhause von dem Volkspatriotismus der Landbewohner für die Nordbahn gesprochen: er würde die Sache, die er einmal angefangen, auch durchsetzen! Man hat seitdem nicht gehört, daß der Fürst Putbus seine wirtschaftliche Kraft an die Durchführung des Unternehmens gesetzt hätte. Die Aten geben uns irgend einen ziffermäßigen Nachweis, was dieser local-patriotische Herr für die Nordbahn aufgewendet hat; dagegen wissen wir aus den Acten der Untersuchungscommission, daß er sich 180,000 Thlr. baar und 120,000 Thlr. in Actien von dem Bau-Consortium ausbedungen und in der That 42,000 Thlr. baar und 30,000 Thlr. Stammactien erhalten hat. (Hört!) Ich erkenne an, daß die Direction der Nordbahn im vorigen Jahre alle Anstrengungen gemacht hat, sich selbst zu helfen; aber die Adjacenten haben nichts gethan, sondern mit verschrankten Armen abgewartet, bis ihnen die Tonnen vom Ministerium auf Staatskosten gebraten würden. (Heiterkeit.) Nun sagt man: man muß sich entschließen, die Bahnen auszubauen, damit die Rüthen kein Vergessen geben. Solche Rüthen moderner Gründer sind schließlich ebenso lehrreich, wie die Rüthen der alten Ritter. (Heiterkeit.) Wenn der Staat Alles das ausbauen sollte, was in den letzten Jahren unvollendet liegen geblieben ist, dann hätte er viel zu thun. Wenn man aber durchaus Landesheile weiter im Eisenbahnbau subventionieren will, so weiß ich nicht, ob grade Pommern den nächsten Anspruch hat. Ich glaube, für keine Provinz wird so georgt, als für Pommern und speciell für den Regierungsbezirk Cöslin. Dieser Bezirk bezahlt im Ganzen 2 Mill. für direkte Staatssteuern und erhält schon jetzt drei Viertel davon als Zuschüsse für die Hinterpommersche und Cöslin-Danziger Bahn zurück. Im vorigen Jahre wurde nun von sachverständiger Seite vorgeschlagen, statt die unrentable Hinterpommersche Hafenbahn zu bauen, die Centralbahn auszubauen. Damals wies die Regierung diese Zusage zurück, ein Beweis, wie planlos in Eisenbahnlösungen im Ministerium gewirthschaftet wird, wie wir von Jahr zu Jahr aus der Hand in den Mund leben, ohne Plan und Grundzüge. Wird die Centralbahn gebaut und die im vorigen Jahre bewilligte Bahn, so werden wir aus der Staatsfasse ungefähr dem Regierungsbezirk Cöslin das 1½fache an Eisenbahnsubventionen zahlen, was derselbe an direkten Steuern überhaupt aufbringt. Nun soll man zwar nicht so rechnen, aber am Ende sind doch die Steuerzahler im übrigen Lande nicht dazu da, um fort und fort in diesem Umfang die pommerschen Grundbesitzer in ihrem Eigentum zu meliorieren. Nach Auslage der Ortsstände erhöht die Pommersche Centralbahn wesentlich nur den Werth des großen Grundbesitzes, ohne daß die Adjacenten etwas für die Bahn gethan haben. (Beifall links.)

Abg. v. Benda: Die Commission war mit Annahme eines Mitgliedes der Meinung, daß wir nicht

die Interessen der Actionäre wahrzunehmen haben. Es wäre ichts frevelhafter, als wenn wir den Petitionen, Wünschen und Anträgen entsprechend, mit denen alle Commissionsmitglieder überhäuft worden sind, sogenannte Überdividendenabschüsse creiren wollten, um die Actionäre in einem gewissen Grade zu entzögeln. Solch Scheine hätten keinen Werth und würden nur dem Börsenschwindel neue Nahrung geben. Aber nur der Saat kann die Rüthen retten, die einen Bauwerth von 2 Mill. einen Abbruchswert von 8 Mill. haben. Der Zustand, daß also die Bollendung der Bahnen ungünstig nur die Hälfte dessen erfordert, was ein Neubau kosten würde, mindert die finanzielle Gefahr ganz bedeutend; im Verhältniß zu den Kosten werden die Opfer des Staates nicht sehr erheblich sein. Eisenbahnen von solcher Ausdehnung, wie diese, welche wohlhabende und reiche Kreise durchschneiden — das ist namentlich bei der Nord-Eisenbahn der Fall — und ein so großes Hinteland haben, repräsentieren einen nicht zu unterschätzenden Geldwert, ein bedeutendes provinziales Vermögensobjekt, das der Gesamtheit zu Gute kommt. Der Abg. Kieschke sieht zu triübe, und grade jetzt, wo Hand- und Industrie darunterliegen, wo das Ausland uns eine Konkurrenz macht, welche die Handelsbilanz zu unseren Ungunsten stellt, ist es unsere Pflicht, gute Hoffnungen auszusprechen, um Handel und Industrie zu beleben. Die hier verlangten Summen sind glücklicherweise keine allzugroße Last für unsere Finanzen. Wenn der Vorredner sagt, unsere Eisenbahnlegenheiten befinden sich im Rückgang, so ist dies nur für die Vergangenheit richtig, nach meiner Überzeugung ist der frische Wendepunkt überschritten und wir geben besserer Zuständen entgegen.

Handelsminister Achenbach: Der Regierung ist der Entschluß, die Vorlage an das Haus zu bringen, keineswegs leicht geworden. Bei den Verhandlungen im vorigen Jahre trat vor Allem der Gesichtspunkt hervor, mit dem damaligen Actien-Unternehmungen, so lange sie als solche bestanden, sie nicht zu pachten. Der Erfolg, den man damals erzielte, ist nun bei beiden Bahnen eingetreten. Bekanntlich ist die Pommersche Centralbahn schon lange Zeit in Concurs, und auch die Nordbahn ist in Liquidation getreten. Indem die Regierung den Entschluß fasste, den die Vorlage fundiert, hatte sie sich vor Allem über die Frage des Kaufpreises zu entscheiden. Die Regierung hat durch die Vorlage bewiesen, daß sie in diesem Punkte durchaus den Standpunkt des Vorredners heilt und nicht gewillt ist, dasjenige, was in die Bahn gestellt ist und was der Bau gefestet, wieder zu bezahlen. Man hat einfach Ermittlungen darüber ange stellt, wie hoch der Kaufpreiswerth beider Bahnen sei, und ist alsdann nur soweit im Kaufpreise über diese äußerste Grenze hinausgegangen, als die Beurtheilung der Erträglichkeit gefattet. Die Regierung hat den beiden Bahnen die benachbarten Bahnen gegenübergestellt und hat dabei berücksichtigt, daß bei dem billigeren Ankauf jener beiden Bahnen sich das Anlagecapital pro Meile wesentlich anders stellt, als bei den andern Bahnen dargestellt, daß es bei jenen Bahnen pro Meile 240,000 Thlr., bei den beiden benachbarten Bahnen dagegen 400,000 resp. 500,000 Thlr. pro Meile beträgt. Bei einem derartigen Unterschied trug sich die Regierung gewiß nicht, wenn sie nach Ablauf einer Zeit in der That eine Rentabilität der Bahnen in Aussicht nimmt. Die Nordbahn besitzt übrigens einen durchaus selbstständigen Lokalverkehr, während auch der durchgehende keineswegs zu unterdrücken ist und bereits die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gezogen hat. Es ist von der dänischen Regierung wiederholt angefragt worden, ob wir die Ausführung und Bollendung der Bahn übernehmen würden, da von der Bejahrung dieser Frage die Ausführung einer Reihe von Bahnuntersuchungen in Dänemark abhängig sei. Ebenso bleibe ich durchaus auf dem nächstens Stendpunkt bezüglich der Rentabilität der Pommerschen Centralbahn. Es braucht mir ein Blick auf die Karte geworfen zu werden, um zu erkennen, daß die Fortführung der Bahn-Anlagen in Westpreußen später nothwendig eine Linie erfordert, wie sie die Pommersche Centralbahn darstellt; und eine solche bereits begonnene Linie jetzt aufzugeben, halte ich für keine gesunde Politik. Eine abweichende Haltung der Staatsregierung in dieser Frage, wie sie der Vorredner mir vorwarf, ist mir nicht bewußt. Ich habe stets und ausdrücklich bei den Verhandlungen im vorigen Jahre den Standpunkt vertreten, daß die Regierung und der Staat hier schließlich eintreten müsse.

Die eingehenden Paragraphen des Gesetzes werden hierauf mit großer Majorität angenommen; gegen dieselben stimmt nur ein Theil des Centrums und der Fortschrittspartei. — Erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Erteilung der Corporationsrechte an Baptisten-Gemeinden.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich will nur constatiren, daß in den Motiven der Vorlage die kirchliche Verfassung der Baptisten ausdrücklich anerkannt ist, nach welcher dieselben den Anordnungen der staatlichen Behörden unbedingt Gehorsam leisten, sofern sie ihren christlichen Ausführungen nicht widersetzen. Auch wir Katholiken bestreiten die Gehege, welche die Regierung in Beitreten unserer Kirche vorauslegt hat, um darum, weil dieselben unserer christlichen Auffassung widerstreiten. Die Regierung verfährt also gegen die Baptisten ganz anders, als gegen die Katholiken und macht sich der Ungerechtigkeit schuldig.

Abg. Wisselink: Ich kann aus zwanzigjähriger Anschauung versichern, daß die Baptisten sich durch ein hohes Grade stiftliches Verhalten auszeichnen, wenn sie einen gewissen Sectenhoheitsmuth und die Neigung besitzen, Profelyten zu machen. Die Staatsregierung darf dafür zu sorgen, daß die aus der evangelischen Kirche ausgeschiedenen unruhigen Elemente sich einer Gemeinde anschließen können, welche Corporationsrechte hat, damit sie nicht den Dissidenten in die Hände getrieben werden.

Abg. Jung: Die Vorlage ist nur eine kleine Abzugszählung auf die seit den fünfzig Jahren von liberaler Seite erhobenen Forderungen. Den Anträgen der freireligiösen Gemeinden auf Erteilung der Corporationsrechte ist nie entsprochen worden und sie haben es bereits angegeben, ihre Anträge zu wiederholen. Die freireligiösen Gemeinden in Breslau haben mich nun aufgefordert, ihre Angelegenheit bei Gelegenheit dieses Gesetzes anzuregen, welchen Auftrag ich jetzt aufzunehme. Ich schließe mich dem Herrn v. Kleist-Wesel vollkommen an, welcher in

Herrenhause erklärte, die Regierung müsse auch den Altluutheranen Corporationsrechte gewähren, indem ich meine, die Regierung muss auch den freireligiösen und den übrigen Dissidentengemeinden diese Rechte einräumen. Man bevorzugt die Baptisten, weil sie einen ganz habschischen positiven Glauben haben und gibt den freien Gemeinden die gleichen Rechte nicht, weil man sie für Pantheit hält. Art. 12 der Verfassung garantiert allen Gemeinden ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß den Vollgenuss der staatsbürglichen Rechte; zu denselben gehört auch die Möglichkeit, die Person einer juristischen Person zu erwerben, wenn sie die Dauer ihrer Verbindung und einen gemeinnützigen Zweck nachweisen. Die Freireligiösen bestehen aber in der That und in hervorragenden Grade Religiosität, denn Gleichgültige in Religionssachen bilde keine besonderen Gemeinden.

S. 1: „Baptistengemeinden können durch gemeinschaftliche Verfügung der Minister der Justiz, des Inneren und der geistlichen Angelegenheiten Corporationsrechte erlangen.“ — Abg. Windthorst (Meppen): Wenn Abg. Jung das Recht auf corporative Vereinigung zu den staatsbürglichen Rechten zählt, dann begreife ich nicht, wie er für die Aufhebung der Orden hat stimmen können. (Abg. Jung: Die Orden sind schädlich!) Ach so! Dann hätte doch aber Dr. Jung nachweisen müssen, daß die freien Gemeinden ungefährlich sind. Ich meine, alles Corporationsrechte muss ein Ende haben; wir müssen den Staat von der Kirche trennen und jeden nach seiner Façon selig werden lassen. Ich wiederhole aber meine Behauptung, daß in den Motiven dieses Gesetzes ganz dieselben Grundätze bei den Baptisten anerkannt werden, welche die Regierung bei den Katholiken mit Feuer und Schwert verfolgt. Auch die excommunicatio major kommt bei den Baptisten vor, es kann der Sünder aufgrund der Abstimmung der Gemeindemitglieder ausgeschlossen werden. (Abg. Jung: durch eine Abstimmung!) Auf welche Weise kommt aus einer Gesellschaft ausgeschlossen wird, darüber entscheiden allein die Statuten der Gesellschaft; bei den Baptisten muss sich der Sünder der Majorität unterwerfen, die vielleicht noch viel schadhafte ist, als er (Heiterkeit); die katholische Kirche hat andere Grundsätze. — Abg. Richter (Sangerhausen): Herr Windthorst überblickt den Hauptgrund, weshalb die Verfassung der Baptisten von der Regierung anerkannt wird; sie hängen von keinem ausländischen Oberen ab, der gegen den Staat krieg führt. — Abg. Windthorst (Meppen): Von Kriegsführern ist keine Rede, sondern nur davon, daß man den Grundsätzen der Kirche, welche seit alten Zeiten in Preußen recipirt ist, gerecht leben will und sich wehrt, wenn man daran gehindert wird. — Abg. Petri: Mit der excommunicatio major in der katholischen Kirche sind bürgerliche Nachtheile verbunden und der Staat hat die Pflicht, jeden Einzelnen gegen solche bürgerliche Nachtheile zu schützen. Auch dies überblickt Dr. Windthorst. — Hierauf wird S. 1 des Gesetzes mit großer Majorität angenommen; ebenjo S. 2, welcher die Bedingungen feststellt, unter welchen die Erteilung der Corporationsrechte zu erfolgen hat, sowie auch die Einleitung und Überchrift des Gesetzes.

Es folgt die in den Formen der dritten Lethung stattfindende Berathung des vom Herrenhause in veränderten Fassung zurückgelangten Entwurfs eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, in Verbindung mit dem Antrag des Abg. Weller u. Gen. wegen Vorlage eines Gesetzes behufs Aufhebung der in den Landeshäusern des Rheinmarkts den bürgerlichen Gemeinden obliegenden geistlichen Verpflichtung zur Auflösung von Kosten für kirchliche Bedürfnisse der Pfarrgemeinden.

Cultusminister Falz: Nach gewissenhafter Prüfung der von dem Herrenhause vorgenommenen Änderungen der Beschlüsse dieses hohen Hauses ist die Regierung der Ansicht, daß die Beschlüsse des Herrenhauses, namentlich wo sie mit den Vorschlägen der Regierung übereinstimmen, das Richtige und darum das mehr zu Erfreuen trennen, als die Beschlüsse dieses Hauses. Es sind überall nicht prinzipielle Differenzen, sondern solche, die aus praktischen Gesichtspunkten entspringen, also von vornherein discurtabil sind. Es gilt das besonders von S. 12, der nach den Beschlüssen des Herrenhauses den Vorreden in dem Kirchen-Vorstand dem Pfarrer oder seinem Stellvertreter, bei Erledigung der Sache aber dem alle drei Jahre von dem Kirchenvorstand zu vollendenden Kirchenvorsteher überträgt, während nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses der Vorsteher und sein Stellvertreter alle drei Jahre von dem Kirchenvorstand genehmigt werden. Der S. 12 soll nach einem hente eingeführten

Amt. Bei Erledigung der Stelle geht der Vorstoss auf den Kirchenvorsteher über, welcher von dem Kirchenvorstand alle drei Jahre bei dem Eintritt des neuen Kirchenvorsteher zu wählen ist. Demselben gebührt auch der Vorstoss, wenn der Geistliche den Eintritt in den Kirchenvorstand oder die Übernahme oder Fortführung des Vorstosses verweigert, oder wenn der Vertreter des Geistlichen verhindert oder ein solcher nicht vorhanden ist." Wehrenfennig und Gen. aller Fraktionen mit Ausnahme des Centrums beantragen, die von dem Abgeordnetenhaus ursprünglich beschlossene Fassung wiederherzustellen: "Der Kirchenvorstand wählt aus seinen in § 5 Nr. 2 und 3 bezeichneten Mitgliedern bei dem Eintritt der neuen Kirchenvorsteher einen Vorstossen und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre."

Abg. Wehrenfennig: Wir können uns nicht veranlassen finden, der von dem Herrenhaus beschlossenen Änderungen des § 12 zu folgen. Wir sind bereit, alle sonstigen Änderungen anzunehmen, nur diese nicht. Der Gedanke, dem Pfarrer den Vorstoss im Kirchenvorstand zu geben, beruht auf einem falschen Idealismus, denn der Clerus hat in den letzten 30 Jahren eine solche Erziehung genossen, daß, wenn er zwischen staatlichen und bischöflichen Anordnungen wählen müßt, er sich immer auf Seiten des Bischofs stellt. Unbedingter Gehorsam verpflichtet den Clerus, auch dann zu den Bischoßen zu stehen, wenn es gegen das Interesse der Gemeinde sein sollte. Wir haben zwar die Keime gelegt, um eine Änderung zu schaffen; das Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen kann aber auf die jetzigen Geistlichen noch nicht wirken, sondern nur langsam und allmälig. Nach einem Menschenalter, wenn dieses Gesetz erst gewirkt haben wird, werden wir vielleicht den Pfarrer den Vorstoss freiräumen können. In Privatbriefen, die einem meiner Freunde vom Rheine zugegangen sind, heißt es ausdrücklich, daß viele Geistlichen selbst bitten, sie nicht zu zwingen, in Conflict mit dem Staate zu kommen. Die Erklärung des Cultusministers war sehr erfreulich, daß er allen Einfluß aufzuwenden werde, um im Herrenhaus die Mehrheit für die Ansicht des Abgeordnetenhauses zu gewinnen, und ich hoffe, daß, da wir dem Herrenhaus so viele Concessions machen, indem wir alle seine anderen Änderungen acceptieren, es ebenfalls das Seinige thun wird, um dieses hochwichtige Gesetz zu Stande zu bringen.

Hierauf wird § 12 dem Antrage der Abg. Dr. Wehrenfennig u. Gen. gemäß in der ursprünglichen Fassung des Abgeordnetenhauses mit großer Majorität angenommen. Die übrigen Paragraphen passieren ohne Discussion. Über das Gesetz im Ganzen kann wegen des Widerspruchs des Abg. Windthorst (Meppen) in Folge der in § 12 vorgenommenen Abänderung heute noch nicht abgestimmt werden. — Nächste Sitzung Freitag.

Herrenhaus.

30. Sitzung vom 2. Juni.

Fortschreibung der Spezialdiscussion über den Gesetzesentwurf, betr. die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotations der Provinzial- und Kreisverbände. § 21 wird ohne Debatte angenommen. — Bei § 22 erklärt der Reg.-Commissarius auf Anfrage des Oberbürgermeisters Becker, daß die Regierung eine specielle Uebergabe der Chausseen an die Communalverbände beabsichtige und daß es irrtümlich sei, wenn behauptet werde, die Regierung beabsichtige bis zur Uebergabe eine besonders fiktive Unterhaltung der Chausseen. — Die §§ 22 bis 26 werden nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

§ 27: "Scheidet gemäß § 4 der Kreisordnung vom 13. Dezbr. 1872 eine Stadt aus einem Landkreise aus, so ist derjenige Theil der dem letzteren auf Grund der §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 30. April 1873 zur Durchführung der Kreisordnung überwiesenen Summe, welcher nach dem in § 2 jenes Gesetzes vorgeschriebenen Maßstab auf die auscheidende Stadt entfallen würde, nach eben diesem Maßstabe auf sämtliche Landkreise der betreffenden Provinz zu verteilen und um den hier nach dem Landkreis entfallenden Betrag die Dotation deselben zu erhöhen." Diese Bestimmung findet auch auf die seit Erlass des Gesetzes vom 30. April 1873 bereits ausgeschiedenen Städte Anwendung." Die Oberbürgermeister Becker und Bredt beantragen folgende Fassung: "Die Stadttheile erhalten vom 1. Januar 1873 ab aus den Einnahmen des Staatshaushaltes eine Jahresrente nach denselben Grundsätzen, nach welchen die Jahresrenten der Landkreise zur Durchführung der Kreisordnung auf Grund des § 1, Nr. 2 und 3 des Gesetzes vom 30. April 1873 bemessen und vertheilt sind. Die Feststellung der Höhe dieser Jahresrenten, sowie deren Vertheilung auf die einzelnen Stadttheile erfolgt durch Königliche Verordnung."

Oberbürgermeister Becker: Es ist immer so viel davon gesprochen worden, daß die Städte privilegiert sind; ich finde dagegen in diesem Paragraphen eine Benachtheitigung der Städte vor den anderen Gemeinschaften des preußischen Staates, die gar nicht berechtigt ist. Es wird hier die Absicht klar, die Städte nicht mit der Dotation zu bedenken. Uebrigens wird die Rente für die Stadttheile, nach ihrer Seelenzahl berechnet, nicht mehr als 50.000 Thlr. betragen; berechnet man die Rente aber nach dem Maßstabe von Land und Leuten, so beträgt sie nur 16.000 Thlr., eine allzugeße Belastung des Staates wird also aus der Annahme meines Antrags nicht folgen.

Geh. Rath Perius: Das vorliegende Gesetz bestätigt die Ausführung des Dotationsgesetzes von 1873; das Amendingement Becker bewegt sich aber ganz außerhalb des Rahmens deselben; der § 70 der Kreisordnung enthält die Bestimmung, daß den Landkreisen für die Durchführung der Kreisordnung und zur Bevölkerung jährlich die Summe von 1 Million Thlr. überwiesen werden sollte. Da die Summe also lediglich zur Durchführung der Kreisordnung und ähnlichem Gesetzes gegeben wurde, so kommen demgemäß die Stadttheile keinen Anspruch erheben, denn die Stadttheile haben keineswegs gleichartige Staats-Verwaltungsgeschäfte wahrzunehmen, wie die Landkreise.

Oberbürgermeister Bredt: Die Städte haben mehr Lasten der Selbstverwaltung zu tragen, als die Landkreise. Die Städte müssen fast in allen Zweigen der Staatsverwaltung Funktionen für den Staat ausüben; in der Steuerverwaltung, Standesbuchführung, Polizeianwaltschaft, Statistik muß die Stadt Geschäfte übernehmen, ohne auch nur die geringste Entschädigung zu erhalten, nur in der Steuerverwaltung wird eine gänzlich unzureichende Entschädigung gezahlt. Es ist also wohl nicht mehr als billig, den Städten wenigstens in diesem Gesetz einen geringen Anteil an der Dotation zu gewähren.

v. Kleist-Reckow: Die Selbstverwaltung in den Städten ist ganz anderer Art als die, für welche damals die Gelder bewilligt wurden. Sie haben uns damals diese Art der Verwaltung aufgebrungen, und es war daher auch billig, daß der Staat die Durchführung dieser Verwaltung aus seinen Mitteln unterstützte.

Oberbürgermeister Becker: Das Gesetz von 1873 handelte nur von der Dotation der Kreise, heute handelt es sich um die Dotation der Provinz, und die Stadttheile gehören doch wohl ebenso zur Provinz wie die Landkreise; es war also wohl heute der richtige Zeitpunkt, die Sache zur Sprache zu bringen. Wenn die Regierung ein so großes Gewicht darauf legt, daß mein Antrag nicht in den Rahmen des Gesetzes paßt, so möchte ich daran erinnern, daß die Regierung, wenn ihr eine Sache nur materiell annehmbar erscheint, sie in

das Gesetz aufzunehmen, auch wenn sie nichttheoretisch erinnere nur an den Provinzial- und Bezirkshandelsrecht. Das Kürrecht, was geschehen ist, muß wieder gut gemacht werden, ehe es zu spät ist.

Geh. Rath Perius: Wenn man absolute Rechtigkeit über wollte, dann müßte man sämtliche Städte, nicht bloß die, welche jetzt aus den Landkreisen auscheiden, an der Dotation teilnehmen lassen.

§ 27 wird darauf unverändert nach dem Vorlage der Commission angenommen; desgleichen ohne Debatte.

§ 28. In definitiver Schlufabstimmung wird darauf das ganze Gesetz angenommen, welches noch einmal an das Abgeordnetenhaus gehen muß.

Es folgt die Verathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungs-Streitverfahren.

Referent v. Winterfeld: Das Bedürfnis die Entscheidung streitiger Verwaltungsbehörden besonnen Organen zu übertragen und den ordentlichen Civilgerichten vorzuenthalten, erschien nicht zweifelhaft. Die strengeren Formen, welche der civilrechtlichen Entscheidung voraufgehen, passen nicht für das Verfahren in streitigen Verwaltungsfällen. Die von der Staatsregierung vorgeschlagene Organisation, welche sich a. die durch die Kreisordnung bereits angehaupte ansieht, kann nur als zweckentsprechend anerkannt werden. Nach derselben sollen die Kreisausschüsse, bezüglich in den Stadtkreisen die zu diesem Zweck zu bildenden Behörden, als Verwaltungsgerichte erster Instanz bestehen bleiben und in ihnen eine Trennung der verwalten von der judicirten Behörde nicht eintreten. Eine besondere judicirte Behörde für die erste Instanz zu schaffen, würde dem Interesse der Kreise ebenso wenig entsprechen, wie den allgemeinen Interessen der Verwaltung, für welche es Bedeutung sein dürfte, die unteren Behörden möglichst einfach und für den gemeinen Mann verständlich zu machen.

Nach einem Menschenalter, wenn dieses Gesetz erst gewirkt haben wird, werden wir vielleicht den Pfarrer den Vorstoss freiräumen können. In Privatbriefen, die einem meiner Freunde vom Rheine zugegangen sind, heißt es ausdrücklich, daß viele Geistlichen selbst bitten, sie nicht zu zwingen, in Conflict mit dem Staate zu kommen. Die Erklärung des Cultusministers war sehr erfreulich, daß er allen Einfluß aufzuwenden werde, um im Herrenhaus die Mehrheit für die Ansicht des Abgeordnetenhauses zu gewinnen, und ich hoffe, daß, da wir dem Herrenhaus so viele Concessions machen, indem wir alle seine anderen Änderungen acceptieren, es ebenfalls das Seinige thun wird, um dieses hochwichtige Gesetz zu Stande zu bringen.

Hierauf wird § 12 dem Antrage der Abg. Dr. Wehrenfennig u. Gen. gemäß in der ursprünglichen Fassung des Abgeordnetenhauses mit großer Majorität angenommen. Die übrigen Paragraphen passieren ohne Discussion. Über das Gesetz im Ganzen kann wegen des Widerspruchs des Abg. Windthorst (Meppen) in Folge der in § 12 vorgenommenen Abänderung heute noch nicht abgestimmt werden. — Nächste Sitzung Freitag.

30. Sitzung vom 2. Juni.

Fortschreibung der Spezialdiscussion über den Gesetzesentwurf, betr. die Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 30. April 1873 wegen der Dotation der Provinzial- und Kreisverbände. § 21 wird ohne Debatte angenommen. — Bei § 22 erklärt der Reg.-Commissarius auf Anfrage des Oberbürgermeisters Becker, daß die Regierung eine specielle Uebergabe der Chausseen an die Communalverbände beabsichtige und daß es irrtümlich sei, wenn behauptet werde, die Regierung beabsichtige bis zur Uebergabe eine besonders fiktive Unterhaltung der Chausseen. — Die §§ 22 bis 26 werden nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

§ 27: "Scheidet gemäß § 4 der Kreisordnung vom 13. Dezbr. 1872 eine Stadt aus einem Landkreise aus, so ist derjenige Theil der dem letzteren auf Grund der §§ 3 und 4 des Gesetzes vom 30. April 1873 zur Durchführung der Kreisordnung überwiesenen Summe, welcher nach dem in § 2 jenes Gesetzes vorgeschriebenen Maßstab auf die auscheidende Stadt entfallen würde, nach eben diesem Maßstab auf sämtliche Landkreise der betreffenden Provinz zu verteilen und um den hier nach dem Landkreis entfallenden Betrag die Dotation deselben zu erhöhen." Diese Bestimmung findet auch auf die seit Erlass des Gesetzes vom 30. April 1873 bereits ausgeschiedenen Städte Anwendung." Die Oberbürgermeister Becker und Bredt beantragen folgende Fassung: "Die Stadttheile erhalten vom 1. Januar 1873 ab aus den Einnahmen des Staatshaushaltes eine Jahresrente nach denselben Grundsätzen, nach welchen die Jahresrenten der Landkreise zur Durchführung der Kreisordnung auf Grund des § 1, Nr. 2 und 3 des Gesetzes vom 30. April 1873 bemessen und vertheilt sind. Die Feststellung der Höhe dieser Jahresrenten, sowie deren Vertheilung auf die einzelnen Stadttheile erfolgt durch Königliche Verordnung."

Oberbürgermeister Becker: Es ist immer so viel davon gesprochen worden, daß die Städte privilegiert sind; ich finde dagegen in diesem Paragraphen eine Benachtheitigung der Städte vor den anderen Gemeinschaften des preußischen Staates, die gar nicht berechtigt ist. Es wird hier die Absicht klar, die Städte nicht mit der Dotation zu bedenken. Uebrigens wird die Rente für die Stadttheile, nach ihrer Seelenzahl berechnet, nicht mehr als 50.000 Thlr. betragen; berechnet man die Rente aber nach dem Maßstabe von Land und Leuten, so beträgt sie nur 16.000 Thlr., eine allzugeße Belastung des Staates wird also aus der Annahme meines Antrags nicht folgen.

Geh. Rath Perius: Das vorliegende Gesetz bestätigt die Ausführung des Dotationsgesetzes von 1873; das Amendingement Becker bewegt sich aber ganz außerhalb des Rahmens deselben; der § 70 der Kreisordnung enthält die Bestimmung, daß den Landkreisen für die Durchführung der Kreisordnung und zur Bevölkerung jährlich die Summe von 1 Million Thlr. überwiesen werden sollten. Da die Summe also lediglich zur Durchführung der Kreisordnung und ähnlichem Gesetzes gegeben wurde, so kommen demgemäß die Stadttheile keinen Anspruch erheben, denn die Stadttheile haben keineswegs gleichartige Staats-Verwaltungsgeschäfte wahrzunehmen, wie die Landkreise.

Oberbürgermeister Bredt: Die Städte haben mehr Lasten der Selbstverwaltung zu tragen, als die Landkreise. Die Städte müssen fast in allen Zweigen der Staatsverwaltung Funktionen für den Staat ausüben; in der Steuerverwaltung, Standesbuchführung, Polizeianwaltschaft, Statistik muß die Stadt Geschäfte übernehmen, ohne auch nur die geringste Entschädigung zu erhalten, nur in der Steuerverwaltung wird eine gänzlich unzureichende Entschädigung gezahlt. Es ist also wohl nicht mehr als billig, den Städten wenigstens in diesem Gesetz einen geringen Anteil an der Dotation zu gewähren.

v. Kleist-Reckow: Die Selbstverwaltung in den Städten ist ganz anderer Art als die, für welche damals die Gelder bewilligt wurden. Sie haben uns damals diese Art der Verwaltung aufgebrungen, und es war daher auch billig, daß der Staat die Durchführung dieser Verwaltung aus seinen Mitteln unterstützte.

Oberbürgermeister Becker: Das Gesetz von 1873 handelte nur von der Dotation der Kreise, heute handelt es sich um die Dotation der Provinz, und die Stadttheile gehören doch wohl ebenso zur Provinz wie die Landkreise; es war also wohl heute der richtige Zeitpunkt, die Sache zur Sprache zu bringen. Wenn die Regierung ein so großes Gewicht darauf legt, daß mein Antrag nicht in den Rahmen des Gesetzes paßt, so möchte ich daran erinnern, daß die Regierung, wenn ihr eine Sache nur materiell annehmbar erscheint, sie in

falls in der Mehrheit sei. Von allen Seiten wurde in den Verbindungen der wirtschaftlichen und der staatlichen Aufgaben, in der Heranziehung der Bürger zu der Landesverwaltung der eigentliche Nerv des Gesetzes gesunden und ausdrücklich constatirt, daß die liberale Partei, gerade um dieses wichtigste Ziel zu erreichen, die in der vorigen Session vorgelegte Provinzialordnung zurückgestellt und die Durchführung jenes Gedankens zu einer der Hauptbedingungen ihrer Zustimmung zu einer neuen Ordnung gemacht habe.

Die Vermehrung der Stimmenzahl für die größeren Städte hat das Herrenhaus gestrichen, ohne daß von Seiten der Städte, die vielfach darin eine schädliche und doch weniglich drohende Begünstigung der großen zu Ungunsten der kleineren Städte finden, besondere Opposition erhoben wurde; zumal auch die Ansprüche der Magnaten auf Vorherrschaften sich an jene Privilegierung knüpften. Auch seitens der Abgeordneten wurde kein entscheidender Werth auf diese Bestimmung gelegt.

In § 46 ist der Landesdirektor von Amts wegen zum Mitglied des Provinzialausschusses gemacht. Da der Landesdirektor mit berathender Stimme im Ausschuß ja gegenwärtig sein, und seine Kenntnis der laufenden Verwaltung derselben zur Verfügung stellen kann, auf der anderen Seite der Ausschuß die Controllbehörde des Landesdirektors ist und gerade dessen Verwaltung zu kritisieren hat, so hielt man die Mitgliedschaft im Ausschuß nicht für zulässig. Zu beachten ist auch die Änderung in § 79: "Polizeivorschriften". Die von dem Regierungspräsidenten unter Bezeichnung des Bezirksausschusses (Mathes) erlassenen Polizeivorschriften treten nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses von selbst außer Kraft, wenn innerhalb 6 Monaten nicht die nachträgliche Zustimmung des Provinzialausschusses (Mathes) erhalten haben. Nach dem Herrenhausbeschuß ist der Oberpräsident nur befugt, sie unter Zustimmung des Provinzialrats wieder aufzuhaben. Man war der Ansicht, daß diese bloße Besegnis nicht genüge.

In der Steuerfrage war man einmütig und ohne jede Discussion gewillt, den Beschuß des Abgeordnetenhauses (Vertheilung nach den directen Staatssteuern, statt Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer nur zur Hälfte) festzuhalten. Sehr erheblich sind die Verbleichungen, die das Herrenhaus in Betreff der Aussicht über die Provinzial-Selbstverwaltung in das Gesetz gebracht hat. Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ist die Aussicht über die Verwaltung der Angelegenheiten der Provinzialverbände nach Maßgabe dieses Gesetzes zu führen, die Aussichtsbhörden haben nur mit den, in diesem Gesetz ihnen zugewiesenen Mitteln über die Führung der Verwaltung der Provinzialorgane zu machen. Die Anfechtung der Beschlüsse seitens des Oberpräsidenten hat keine aussichtsreiche Wirkung.

Tit. I.—IV.) ohne erhebliche Debatte angenommen. Nur der § 21 erregt eine längere Debatte. Er lautet: "Ist ein Mitglied zu einer Strafe wegen einer entehrenden Handlung oder zu einer Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer rechtskräftig verurtheilt, so kann dasselbe durch Plenarbeschuß des Oberverwaltungsgerichts seines Amtes und seines Gehalts für verlustig erklärt werden." v. Kleist-Reckow beantragt hinter "verurtheilt" einzufügen: "oder zeigt sich dasselbe durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig." — Der Antragsteller führt aus, daß beim Fehlen dieser Bestimmung die Richter des Oberverwaltungsgerichtes eine bevorzugte Stellung einnehmen würden. Das Haus nimmt diesen Zusatz an. — Die §§ 31—80 (Tit. V.—IX.) werden mit einigen nicht erheblichen, meist redaktionellen Änderungen angenommen.

Tit. X. (§§ 81—91) enthält die Schlus- und Übergangsbestimmungen, darunter im § 84 die Vorschriften über die Erhebung der Competenzconflicte; er lautet nach den Vorschlägen der Commission: "Die Erhebung des Competenzconflictes (Gesetz vom 8. April 1847) auf Grund der Behauptung, daß in einer vor dem Verwaltungsgerichte anhängig gemachten Sache die Verwaltungsbehörde zuständig sei, findet nicht statt. Die Verwaltungsgerichte haben ihre Zuständigkeit von Amts wegen wahrzunehmen. Wird von einer Partei die Grunderobe der Unzuständigkeit erheben, so hat das Verwaltungsgericht über dieselbe vorab zu entscheiden. Gegen die Entscheidung findet innerhalb zehn Tagen — vorbehaltlich der Bestimmung des § 58 — die Berufung unmittelbar an das Oberverwaltungsgericht statt. Haben sich in derselben Sache die Verwaltungsbehörde und das Verwaltungsgericht für zuständig erklärt haben." Hieranträgt Elswanger gleichlautend mit der Regierungsverordnung an die Spalte des § 84 zu lesen: "Die in dem Gesetz vom 8. April 1847 bezeichneten Verwaltungsbehörden sind auch in streitigen Verwaltungsfällen zur Erhebung des Competenzconflictes befugt." — Mit diesem Amendingement wird § 84 genehmigt. Die übrigen Paragraphen werden ohne Änderungen angenommen und schließlich in definitiver Abstimmung das ganze Gesetz, welches nochmals an das Abgeordnetenhaus gehen muß. — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, den 3. Juni.

Innerhalb der Kreise der Nationalliberalen haben vorgestern Abend Besprechungen über die Änderungen stattgefunden, welche das Herrenhaus an der Provinzialordnung gemacht hat. Der Hauptgegenstand der Erörterung war selbstverständlich der Provinzialrat. Die Entscheidung fiel so aus, wie wir es schon vorher andeuteten konnten. Fast einstimmig erklärte man sich dahin: daß der Gedanke, statt des ganzen, aus 12 bis 22 Personen bestehenden Provinzialausschusses eine kleinere, aus diesem Ausschuß zu wählende Delegation an den staatlichen Aufgaben mitwirken zu lassen, weder den von der Partei bisher vertretenen Prinzipien noch den Ideen des Gesetzes widerspreche, wenn nur dafür gesorgt werde, daß das bürgerliche Element in dieser Delegation hinreichend vertreten sei, um ernstlich einen mitwirkenden Einfluss zu üben. Von diesem Standpunkte aus erklärte man einen aus 3 Beamten und 4 Laien, bei Beschlussfähigkeit mit 5 Stimmen zusammengefügten Provinzialrat, wie das Herrenhaus ihn will, für unannehmbar, hielt aber die Mitwirkung des Bürgerthums hinreichend gewahrt,

wenn das Verwaltungsbeamtenhukum nur durch den Oberpräsidenten mit seinem Justitiarius, das Bürgerthum dagegen durch 5 Mitglieder vertreten, also bei Beschlussfähigkeit mit 5 Stimmen jeden-

Grundbücher vor Bestätigung des Necesess bei Spezial-Separationen und Zusammenlegungen vor. Bei den genannten Geschäftsbüchern liegt der große Nebelstand vor, daß dann, wenn — wie solches die Regel ist — die Ausführung des Auseinandersetzungplanes durch Überweisung der Pläne vor Bestätigung des Necesess erfolgt, den Interessen bis zu dieser häufig mehrere Jahre sich hinziehenden Bestätigung nicht im vollen Umfang über die Absindungsgrundstücke disponieren können. Namentlich erlangen sie die wichtigsten an Eigenheim begründeten Besegnisse, das Recht der Auflösung und Belastung nur durch die Eintragung im Grundbuche, welche aber erst erfolgen kann, nachdem auf Grund des bestätigten Necesess die Fortschreibung im Grundsteuerkataster bewirkt ist. Da die Interessen entstehen hieraus häufig die erheblichsten Nachtheile und ordnet deshalb der Gesetzeswurf an, daß die Fortschreibung im Grundsteuerkataster schon auf Grund des ausgeföhrten Auseinandersetzungplanes von Amts wegen zu veranlassen ist und demnächst die Berichtigung des Grundbuchs auf Antrag eines Berechtigten erfolgen kann. Durch diese Bestimmungen werden die hervorgetretenen Nebelstände definitiv beseitigt.

S. M. Briggs "Rover" und Musquito traten am 31. v. M. ihre Übungskreise an. S. M. Schiff "Medusa" kreuzt in der Ostsee und wird voraussichtlich Sonnabend wieder in Kiel einlaufen. S. M. S. "Augusta" hat am 25. Mai c. Vormittags von Lissabon aus die Reise nach Brasilien angetreten.

</div

und 320 Vermundete verloren haben. Die Regierung hat beschlossen, Verstärkungen nach Cuba zu senden.

Italien.

Rom, 29. Mai. Die Deputirtenkammer beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurfe, welcher die Erhöhung des Preises von einigen Tabaksorten betrifft. Der Bericht des Abgeordneten Sella empfiehlt der Kammer zwar die Annahme der Vorlage, verschweigt jedoch nicht, daß es besser gewesen wäre, auch den Preis der besseren Qualitäten zu erhöhen, und er hebt hervor, welch indirekten Gewinn die an dem Tabaksmonopol mit interessirte Gesellschaft gemacht hat. Schließlich erkennt er den constitutionellen Charakter des vom Könige erlassenen Decrets und seiner Veröffentlichung und Durchführung durch den Finanzminister seit dem Januar des laufenden Jahres an. Die Berathung dieses Gesetzentwurfs wird in der Deputirtenkammer zu aufgeregten Debatten Veranlassung geben, man nimmt aber allgemein an, daß er nicht abgelehnt werden wird.

Nach Berichten aus Sicilien scheint es sich zu bestätigen, daß in den unlängst vorgefallenen Kämpfen zwischen Briganten und Regierungstruppen der berüchtigte Räuberhauptmann de Pasquale getötet und der ebenso gefürchtete Nikolai schwer verwundet worden ist. Sollte sich das bestätigen, so wäre es ein Hauptschlag für das Brigantenthum und die Maffia auf der ganzen Insel, weil damit die beiden gefürchtetsten Bandenführer vom Schauplatz verschwänden.

England.

London, 2. Juni. Die vom Handelsamt eingeleitete Untersuchung über den Untergang des Hamburger Postdampfers „Schiller“ hat heute vor dem Greenwicher Polizeigericht begonnen. Die Eigentümnerin des Schiffes, die transatlantische Schiffahrtsgesellschaft (Adlerlinie) bestritt die Kompetenz eines britischen Gerichtshofes zur Aburtheilung über ausländisches Schiffseigentum, erklärte sich aber bereit, ohne Präjudiz für ihre Interessen im eigenen Lande dem Gerichtshof bei der Untersuchung behilflich zu sein. Der Rechtsbeistand des Handelsamtes erklärte den Gerichtshof für competent. Dem Urtheile wird mit grossem Interesse entgegengesehen. — Dem Unterstaatssekretär der Auswärtigen, Lord Derby, empfing eine Deputation, welche um die freundliche Vermittelung Englands' behufs Unterdrückung des Aufstandes in Cuba und Abschaffung des Slavenhandels auf der Insel nachsuchte.

Lord Derby erklärte in seiner Antwort jede Einmischung der englischen Regierung in die Angelegenheiten Cuba's für inopportun, bemerkte aber, daß England eine sich eventuell bietende Gelegenheit gern benutzen werde, um die gegenwärtig auf der Insel Cuba herrschenden Zustände zu beflecken. Die bisherigen Versuche zur Unterdrückung des Aufstandes seien allerdings wenig erfolgreich gewesen. Dennoch könne man der Meinung der Deputation nicht beipflichten, daß der Aufstand zur Zeit Aussichten auf Erfolg habe. (W. T.)

Amerika.

Newyork, 6. Mai. Es ist kein Wunder, daß immer wieder Berichte über schöne Uebervortheilung des rothen Mannes durch den „Indianer-King“ einkaufen, denn während früher die den Indianern vertragsmäßig zu liefernden Waaren durch Inspectoren geprüft wurden, haben jetzt die Contractoren ganz freies Spiel; sie schicken ihre Waaren nach den Indianer-Agenturen, wo entweder die Agenten ihre Creationen sind, oder bei etwaigen Beschwerden vor dem Indianer-King zu Washington kein Gehör finden. Man kann sich denken, wie da der rothe Mann betrogen wird. Zuweilen kommt ein ehrlicher weißer Mann hinter dies Treiben, wie Professor Marsh vom Yale-College, der vor Kurzem einen großen Theil des Gebietes der Sioux bereiste, um nach Versteinerungen zu forschen. Er wurde auf dieser Reise besonders auch mit dem berühmten Häuptling Rothwolle bekannt, und dieser zeigte ihm unter bitteren Klagen in der Vorrauthammer seines Stammes die abscheulichste Sorte von Mehl, Kaffee, Tabak und Zucker, die ihm der Agent der Regierung für seine Leute geliefert hatte, und war namentlich der Tabak derartig, daß nicht einmal ein Indianer ihn vertragen könne. Professor Marsh ist zugegen gewesen, als derjenigen Bande der Sioux, die Rothwolle als ihren Häuptling anerkannt, die vertragsmäßigen Kinderslech-Nationen verabreicht wurden. Das Schlagwort wurde an einem Manne vorübergetrieben, der das Gewicht nach dem bloßen Augenschein zu bestimmen hatte. Er schätzte es systematisch viel zu hoch und seinen Ausprüchen gemäß stellte dann der Indianer-Agent dem Contractor die Empfangsscheine aus, auf welche hin dieser Zahlung erhält. Bei einer anderen Gelegenheit lautete die für den Contractor ausgesetzte Bescheinigung auf 320 Stück Ochsenhäute, von welchen jedoch nur 180 Stück zu finden waren. Wie es die Regierungs-Agenten im Bunde mit den Lieferanten treiben, erhellt auch aus der von Prof. Marsh beobachteten Thatache, daß die ganze Jahreslieferung für die 13,000 Indianer der Rothwolle-Agentur an einem einzigen Tage übergeben wurde.

Der Gesammtwert dieser verschiedenen Artikel ging sicher in die Hundertausende Dollar, eine Untersuchung derselben in Bezug auf Beschaffenheit und Zahl war daher ein Ding der Unmöglichkeit, aber der Contractor erhielt dennoch seine Quittung.

Wenn auch der Präsident, von diesen Uebständen in Kenntniß gestellt, Abhilfe versprach, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn die Indianer in der Noth wieder, wie sie sagen, auf den Kriegspfad gehen.“

Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 3. Juni. Obwohl innerhalb der national-liberalen Partei über die Provinzialordnung noch einige Meinungsdivergenzen sind, hält man doch die Annahme der Compromißvorschläge der Vertrauensmänner seitens der Fraktion und der Majorität des Abgeordnetenhauses für gesichert. In diesem Falle glaubt man, daß auch im Herrenhause die neue Fraktion und die gemäßigten Conservativen trotz der lebhaften Gegenagitation der anhöchsten Rechten die Majorität für das Gesetz nach den Compromißvorschlägen herstellen werden.

Danzig, 3. Juni.

* Die K. Direction der Ostbahn hat unter dem 27. Mai c. eine Verfügung an die Handelsvorstände zu Kö-

nigsberg, Danzig, Memel, Tilsit, Elbing, Stettin und Berlin erlassen, worin sie mittheilt, daß sie beabsichtigt, in gleicher Weise, wie dies seitens der Reichs-Eisenbahnen und den Handelskammern in Elsaß-Lothringen bereits geschieht, mit den im Bereich ihrer Bahnen vorhandenen Handelskammern in gemeinschaftlichen Ausschreibungen über Gegenstände von gemeinsamem Interesse zu verhandeln. Nach dem von der Th. Ostb. Igt. mitgetheilten wesentlichen Inhalt dieser Verfügung mache die Direction folgende Vorschläge: Jede Handelskammer zw. wählt zwei Delegierte als ständige Ausschus-Mitglieder zur Beteiligung bei den Ausschreibungen: den Vorst. führt der Vorst. der Königl. Direction der Ostbahn resp. dessen Vertreter, außerdem nehmen die betreffenden Deponenten der Direction und Commissarien der Eisenbahn-Commissionen an den Sitzungen Theil. In den Ausschreibungen wird nur über solche Gegenstände verhandelt, welche die Interessen mindestens zweier Handelskammern berühren; Localfragen, soweit sie nicht durch Vereinheitl. mit dem Domizil der Handelskammer stationirten Localbehörden der Ostbahn zu erledigen sind, werden außerhalb der Sitzungen von den Delegierten mit den Vertretern der Eisenbahn-Verwaltung verhandelt. Zweimal im Jahre und zwar je im Winter und im Sommer rechtzeitig vor Einführung des Sommers, resp. Winter-Fahrplans finden ordentliche Sitzungen statt. Außerordentliche Sitzungen werden auf Antrag der K. Direction der Ostbahn oder auf gemeinschaftlichen Antrag von 3 Handelskammern nach Bedürfnis abgehalten. Die zur Verhandlung bestimmten Gegenstände sind mindestens 4 Wochen vor der Sitzung von den Handelskammern bei der K. Direction anzumelden, welche die Tagesordnung anstellt und dieselbe 14 Tage vor der Sitzung den Handelskammern mittheilt. Der Ort und Zeitpunkt für die Conferenzen wird, soweit in der vorhergegangenen Sitzung über denselben keine Verständigung stattgefunden hat, von dem Vorst. der K. Direction der Ostbahn bestimmt.

Für die erste constituirende Sitzung ist die zweite Hälfte des Juli in Aussicht genommen, als Conferenzort Königsberg, Danzig, Berlin oder Bromberg. — Die Einrichtung derartiger Conferenzen war auch Seitens des biegsigen Vorst. der Kaufmannschaft beantragt worden.

* Wie die „N. Westpr. Mitt.“ erfahren haben, soll ein Theil der Eisenbahnl. Marienburg-Mlawka schon im Jahre 1876 fertig gestellt und dem Verkehrs angängig gemacht werden und zwar die Strecke Marienburg-Dt. Eylau. Durch diesen Abschnitt wird die Thorn-Insferburger mit der Ostbahn verbunden und ein großer Theil des Hinterlandes in direkte Handelsverbindung mit Danzig gebracht. Auf dieser Strecke wird jetzt mit dem größten Eifer gearbeitet. Der Zimmermeister Scheibig hat ja eben eine große Brücke an der Gontowska $\frac{1}{4}$ Meile von Riesenbogen vollendet. Der Bau einer andern großen Brücke in der Nähe des Dorfes Dafau hat der selbe ebenfalls mit grossen Kräften in Angriff genommen.

* Wie wir hören, hat Herr Polizeipräsident v. Glanewits seine Verleihung in den Ruhestand zum 1. October d. J. beantragt.

* Zum portugiesischen Bizeconsul ist der Kaufmann A. C. Krechmann hierfür ernannt.

* Dem General der Infanterie z. D. v. Tresckow ist die Anlegung des Kreiskreises des herzogl. sachsen-erfurtischen Hanovers; dem Oberstleutnant à la suite v. Wülfen, beauftragt mit der Führung des Ostpr. Kff.-Bat. No. 33, die Anlegung des Ehren-Comittees mit Schwertern am Ringe des oberhessischen Hauses und Bedfordjords und dem Oberstleutnant Vogel im 3. Ostpreuß. Gren.-Rgt. No. 4 die Anlegung des Ehren-Ritterkreises erster Klasse desselben Ordens vom Kaiser gestattet worden.

* Bei der gefriegen Ziehung der Pferde-Lotterie in Königsberg wurden bis zur Mittagspanne folgende Gewinne gezogen: Der erste Hauptgewinn auf Nr. 24,424, der 2. Gewinn auf 27,008, der 3. auf 38,065, 4. 18,550, 6. 20,792, 7. 30,661, 9. 27,588, 12. 32,705, 13. 31,513, 14. 17,339, 15. 35,405, 16. 8813, 17. 1987, 18. 15,610, 19. 32,809, 22. 30,091, 24. 23,996, 26. 9962, 27. 5083, 28. 11,747, 29. 39,399, 32. 33,607, 33. 2812, 34. 9704, 37. 27,284, 40. 30,212. Von den Gewinnen fielen der 2., 4., 9., 15., 18. und 19. nach Königsberg, der 7., ein Fünftausend auf Nr. 30,661 nach Danzig, in die Collecte des Herrn Th. Berling, der 12. nach Dirichan, der 14. nach Schippenbeil, der 16. nach Nordenburg und der 27. nach Allenberg.

* Der Gemeindevorsteher Dr. Luhn in Ohra ist zum Standesbeamten für den dortigen Bezirk ernannt worden.

* Das 1. Privatpersonenfuhrwerk zwischen Dirichan und Neuteich erhält vom 4. d. Mts. ab nachstehenden Gang: aus Neuteich 5,45 frisch, über Gr. Lichtenau in Dirichan Pfs. 7,50 Morg.; aus Dirichan 9,50 Borm., über Gr. Lichtenau in Neuteich 11,15 Borm. zum Aufschluß an die Personenpost von Marienburg nach Tiegenhof.

* Von 4. d. M. ab erhält die Marienburg-Tiegenhofer Personenspost nachstehenden Gang: aus Marienburg Bahnhof 10 Borm. durch Marienburg Stadt 10,-18 Borm. durch Neuteich 11,-18 Borm. zum Aufschluß an die Personenpost von Marienburg nach Tiegenhof.

* Von 4. d. M. ab erhält die Marienburg-Tiegenhofer Personenspost nachstehenden Gang: aus Marienburg Bahnhof 10 Borm. durch Marienburg Stadt 10,-18 Borm. durch Neuteich 11,-18 Borm. zum Aufschluß an die 2. Tuchel-Conter Personenpost (aus Tuchel 12,40) ein.

Elbing, 3. Juni. Die durch städtischen Beschluss für die Feuerwehr bestimmte Uniformirung hat die Bestätigung durch Cabinets-Ordre des Kaisers erhalten.

Die telegraphische Verbindung der einzelnen Feuerwehrstellen wird in etwa acht Tagen vollendet sein.

Das Gut Sosnowo in dem Culmer Kreise ist von Hrn. v. Wierzbicki an Herrn Carl Bolle, zur Zeit in Tannenhof bei Posenheim, für 525,000 M. verkauft worden. Hr. v. B. hat Preisen verlassen und soll an 40,900 Thlr. Wechselzulden hinterlassen haben, Briesen allein ist mit mindestens 25,000 Thlr. beteiligt. (G.)

* Königsberg, 3. Juni. Eine Anzahl patriotischer Männer, die beiden Comités für den Pferderennen und die Pferderennen haben auch in diesem Jahre wieder, um die Pferdezucht unserer Provinz zu fördern, gemeinsam eine Summe von 1200 Thlr. hergegeben, für welche Gold- und Silberpreise angekauft wurden, die am Dienstag zur Vertheilung an die bei dem so eben stattgehabten Pferderennen teilgenommenen Aussteller zur Vertheilung kamen. Es haben Prämien erhalten: 1) für starken Reitschlag a. erste Preise: Rätswurm-Pospur für einen Rapphengst und v. Reichel-Maldeutens für eine Rapsfute, b. zweite Preise: Werdermann-Corfeiten für einen Fuchsengst, v. Radicke-Tissit für eine braune Stute und v. Brederlow-Freudenthal ebenfalls für eine braune Stute. 2) Für schweren Wagenzschlag: 1. erste Preise: Rätswurm-Pospur für einen Rapphengst und v. Reichel-Maldeutens für eine Rapsfute, 2. zweite Preise: Werdermann-Corfeiten für einen Fuchsengst, v. Radicke-Tissit für eine braune Stute und v. Brederlow-Freudenthal ebenfalls für eine braune Stute. 3) Für leichter Wagenzschlag: 1. v. Lebedell-Gilguditschen für einen brauen Hengst, v. Höllersch-Lüggen für einen Dunkel-Fuchsengst und Albat-Santitans für fünf Braune. 4) Für leichter Reitschlag: Rätsch-Salai für einen brauen Hengst, v. Offenberg-Gillen in Kurlan für desgl., Schäfli-Schreng für ein zweijähriges braunes Hengstfohlen, Kegler-Stallupönen für eine Grauhammelstute, v. Droste (v. Knoblock)-Untehnen für einen braunen vierjährigen Vollblutengst und Kühhne-Roggen für einen Fuchsengst.

* Osterode, 2. Juni. Behufs Aufstellung des Seiten der städtischen Behörden beschlossene Bauungspläne werden nach einer Bekanntmachung der Polizei-Verwaltung in den nächsten Tagen Ver-

messungsarbeiten u. s. w. an der Hohensteiner Chaussee den Straßen nach Buchwald und Eierspielen, sowie an den Verbindungswege zwischen der Hohensteiner Chaussee und dem Wege nach Buchwald durch den K. Gatzler-Controleur Hauptmann Eyzgan ausgeführt werden, denen wir im Interesse einer geordneten baulichen Entwicklung unserer Stadt möglichst Beschleunigung wünschen möchten. — Endlich sind auch Statut und Gatsentwurf für die projectirte gewerbliche Fortbildungsschule fertig gestellt. Der Besuch der Schule soll nach dem Statut für alle Lehrlinge, welche das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben, obligatorisch sein. Der Unterricht wird in 2 Klassen und zwar in der Unterklasse in wöchentlich 6, in der Oberklasse in wöchentlich 9 Stunden erteilt, von denen für jede Klasse 3 auf den Sonntag, die übrigen auf 2 resp. 3 Wochentage von 7—9 Uhr Abends fallen, für die Unterklasse sind wöchentlich für Deutsch, Leben und Schreiben 3, für Rechnen 2, für Gesang 1, für die Oberklasse für Deutsch, Correspondenz und Buchführung 3, für Rechner und Rammlebre 2, für Gesang 1. Für Realien 1, für Zeichnen 2 Stunden in Aussicht genommen. Die Lehrer erhalten für jede wöchentlich zu ertheilende Unterrichtsstunde ein Honorar von 75 M. jährlich. Die Gesamtausgaben, excl. Vocalitäten, beziehen sich auf 1200 M. pro anno, welche durch Beiträge der Stadt und des Staats, sowie durch Zusätze des Handwerker-, Borschtsch- und Kaufmännischen Vereins aufgebracht werden sollen. — In hiesiger Stadt besteht von Alters her der Gedanke, daß von jedem Hause mit Land 1 Jeder, von jedem Hause ohne Land ½ Jeder Holz an der Ortsfarrer zu entrichten ist. Wie häufig diese Abgabe, die sogenannte Holz-Kalende, sowohl für die Verpflichteten bezüglich ihrer Abföhrung, als für den Berechtigten bezüglich ihrer Einziehung ist, liegt auf der Hand und ist deshalb seit Jahren von beiden Seiten deren Ablösung resp. Umwandlung in Roggenrente beobachtet worden. In den zu diesem Behuf vom 24. bis 26. d. M. anstehenden Terminen ist die Angelegenheit leider zu einem definitiven Abschluß nicht gelangt, da zu viele Interessenten ausgeblichen waren, um schon jetzt mit der Reise-Aufnahme vorgehen zu können und wird demnächst ein neuer Termin anberaumt werden. — In hiesigen Standesamt war, wie bereits früher erwähnt, der Fall vorgekommen, daß die Chefarzt eines vor länger als Jahr und Tag nach Amerika ausgewanderten Gewerbetreibenden die Geburt eines Kindes angezeigt und sich gleichzeitig ein guter Freund behufs Anerkennung der Paternität gemeldet hatte. Der Standesbeamte hatte die Eintragung dieser Anerkennung in's Geburts-Register abgelehnt, da die Mutter des Kindes die rechtmäßige Chefarzt eines Dritten sei, von dessen Seite keinerlei Anträge vorliegen. Die Reg. Régierung zu Königsberg hat dieser Ansicht beigefügt. Nach ihrer Ausführung ist das qu. Kind so lange geistlich als ebendiese anzusehen, bis die Anerkennung von Seiten des Gewannes gemäß §§ 4 bis 7 ff. Th. II. Tit. 2 des Allg. Landrechts im Prozeßwege angefochten wird. Es dementsprechend ist die Anerkennung der anserherlichen Vaterhaft in's Geburts-Register nicht eingetragen werden; ebenso wenig bedarf es im vorliegenden Falle auch der Einleitung einer Vormundschaft.

* Dem Fischer Sawitski zu Schwalgendorf, K. M. Mohr, ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden. — Dem Fischer Sawitski zu Schwalgendorf, K. M. Mohr, ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden. — Nachdem der katholische Provinzial-Schulrat Dr. Goebel von Königsberg nach Magdeburg versetzt worden, sind jetzt auch die katholischen Gymnasien der Provinz Preußen dem evangelischen Provinzial-Schulrat Dr. Schrader unterstellt.

Vermischtes.

Wien, 1. Juni. Die Vorstellungen des Stadttheaters sind gestern in nicht sehr ehrenvoller Weise geschlossen worden. Kurz vor der Vorstellung war der Schauspieler ein gleichlautender Brief des Directores mitgetheilt, in welchem ihnen kurzweg mitgetheilt wird, daß sie mit dem heutigen Tage entlassen sind. Nur den wenigen Kräften, mit welchen ein neues Engagement für den nächsten Winter abgeschlossen ist, war eine Interimsfrage zugestiegen. In Folge der Auflösung durch diese plötzliche Kündigung erkrankte Herr Salomon während der Schlussvorstellung sehr heftig, daß er in seine Wohnung geschafft und die Vorstellung aufgehoben werden mußte. Da erst $1\frac{1}{2}$ Acte gespielt waren, verlangte der Publikum sein Geld zurück, was ihm aber verweigert wurde.

In Flandern wird bekanntlich das Bogenschießen noch eifrig und mit großer Geschicklichkeit geübt. Bei einem solchen Schießen zu Armentières hat vor einigen Tagen ein Schütze aus Menin ein wahres Wunder von Geschicklichkeit und Kraft geleistet. Er hatte gewettet, beim Stangenschießen 85 kleine Bögen in zehn Stunden herauszuschießen. Morgens halb fünf anfangend schoß er sieben Böle in der Minute ab und in fünf Stunden waren die 85 Bögen herausgeschossen. Wer weiß, wie viel Kraft dazu gehört, einen Langbogen gehörig zu spannen, wird über die Leistung staumen müssen; der Schütze hatte nämlich in der angegebenen Zeit 2400 Böle verloren.

* In Warschau beabsichtigt man einen zoologischen Garten anzulegen; die dortigen Blätter enthalten Anträge zu Sammlungen für den bezeichneten Zweck.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 3. Juni.

Weizen loco ohne Kaufzins, $\text{per Tonne von } 2000\text{ Z.$

feingelauf u. weiß 134-138 195-200 M. Br.

buchbunt 132-135 188-193 M. Br.

hellbunt 130-133 185-188 M. Br.

bunt 126-131 178-183 M. Br.

rot 130-134 170-178 M. Br.

ordinair 126-130 165-170 M. Br.

Regulierungspreis 1267 bunt lieferbar 180 M.

Auf Lieferung 1268 bunt $\text{per Tonne von } 2000\text{ Z.}$

Br. 179 M. Br., $\text{per Juli-August } 182 \text{ M. Br.}$

$\text{per Sept.-Oct. } 187 \text{ M. Br. und Bd.}$

Rogg

Als Berühmte empfehlen sich:
Mathilde Giedo,
Rudolph Clausius.
Bütön. Lippisch.

Gestern Abend 7½ Uhr verschied nach kurzen Leidern mein lieber Mann, unser geliebter Vater, Großvater und Schwager, der Marine-Baumwolltannenmann a. D. Ludwig Rosencrantz in seinem 81. Lebensjahr. Tief betrübt widmen diese Anzeige allen Freunden und Verwandten die Hinterbliebenen. Sopot, den 3. Juni 1875.

Verstürtzt!

Den am 30. Mai, 2½ Uhr Nachmittags, in Bethanien zu Berlin, nach kurzen Leidern erfolgten Tod ihres unvergleichlichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Predigers Rudolph Eduard Bureau zu Marienwerder in seinem eben begonnenen 36. Lebensjahr, zeigen, um stille Theilnahme bitten, tief betrübt an 8061 die Hinterbliebenen.

Rheba, den 2. Juni 1875.

Die Beerdigung des Buchhalters Bodo Wolff findet Freitag, den 4. Juni cr., Morgen 8 Uhr, vom Trauerhause aus, auf dem Militär-Kirchhof statt. (8043)

Holz-Auction zu Rückfort.

Mittwoch, den 9. Juni 1875.
Vormittags 10 Uhr werde ich zu Rückfort, auf dem Holzfelde der internationalen Handels-Gesellschaft an den Meistbietenden verkaufen:
ca. 6000 Stück eichene halbrunde Bradschwellen,
2-3000 Stück eichene Plattschwellen,
300 " " Rundklöße,
200 " " Schwellen,
" Klöße und
" 400 Stück sichtene Bradsleepers in kleinen Partien.

Den Bahnhofs-Termin werde ich den mir bekannten Kaufern bei der Auktion anzeigen. (7979)

Janzen,

Auktionator, Breitgasse No. 4,
vormals Joh. Jac. Wagner.

Antwerpen—Danzig.

In Antwerpen liegt in Ladung auf hier und hat noch Raum für Güter das Segelschiff „Friedrich Ludwig“, Capt. Börger. Nähre Auskunft ertheilen F. Jung dort und hier. (7888)

August Wolff & Co.

So eben traf ein:

Paritäts-Tabellen

für den Getreidehandel (Export, Spedition u. russische Commission).

Reduktions-Tabelle

des Getreide- u. Waaren-Preise im deutsch-russischen Verkehr. (Cours 270-289.)

L. G. Homann's Buchhandl.

(Prowe & Beuth.) (8072)

Contobücher, Copirbücher, Facturenmappen,

Postpapiere, Stahlfedern,

Dinten, sowie sämtliche Comtoirutensilien empfiehlt

Wilhelm Herrmann,

Gr. Wollwebergasse No. 8.

Bestellungen auf Hanfconvertis incl. P. zw. Druck-Firma pr. Mille 1½ R., 1¼ R., 1% R., sowie Briefpapier mit u. ohne Firma zu billigen Preisen nimmt entgegen Kielgast, Schlesdamm 30.

Feinste Tischbutter,

wöchentlich zweimal frisch, empfiehlt zum ganz billigen Preise (8059)

Carl Kohn, Fleischergasse 16.

Neue

Matjes-Heringe empfiehlt

Carl Schnarcke.

Die ersten reifen

Matjes-Heringe empfing

H. Regier,

Bundegasse 80. (8092)

Feinste

Gothaer Cervelatwurst empfiehlt

R. Schwabe,

Langenmarkt, Gr. Thor.

Neue

Engl. Matjes-Heringe, und frische Kartoffeln empfiehlt

R. Schwabe,

Langenmarkt, Gr. Thor.

Neue

Matjes-Heringe, Frische

Lissaboner Kartoffeln, Gothaer Cervelatwurst,

besonders schöne Qualität, empfiehlt

J. G. Amort,

Langgasse 4. (8036)

Maitranf

... & en detail empfiehlt

Heiligegeist. 1.

Auction von Mahagoni-Holz.
Freitag, den 4. Juni 1875, Nachmitt. 3 Uhr,
Auction auf dem Holzfelde des Herrn Felix Behrend über:
194 Blöcke Mahagoni-Holz (ca. 3000 kubf.)
Mellien. Ehrlich.

7792

Amerikanische 6% Anleihe per 1882.

Es sind ferner per 15. August ex. zahlbar gekündigt
a \$ 1000 No. 75851-86650.
= 500 = 25001-27500.
= 100 = 48101-51600.
= 50 = 18701-20300.

welche Stücke wir schon jetzt zum höchsten Court realisiert.

8046

Baum & Liepmann,

Bankgeschäf.

Langenmarkt No. 18.

R. Deutschendorf & Co., Säde-Fabrik und Leinen-Handlung,

Milchkanngasse No. 12,

empfehlen ihr großes Lager

fertiger Wollsäde in allen Qualitäten und jedem Gewicht,

= Getreidesäde

do.

Mehlsäde

do.

Sommer-Pferdedesen in größter Auswahl.

Pferde-Gurte in größter Auswahl,

Pläne jeder Art, ca. 100 St. gebrauchte Ripspläne, fast ganz neu und fehlerfrei, zu billigen Preisen. (S. 62)

Einem gebrachten Publikum empfehle ich mein durch neue Insendungen bedeutend vergrößertes und gut assortiertes

Lager goldener und silberner Ankfer- und

Cylinder-Uhren

in sauberster Ausführung, sowie mein großes Lager feinstes Talmi-Waaren.

Reparaturen aller Art werden zuverlässig, schnell und billig ausgeführt bei

Otto Unger, Uhrmacher,

Goldschmiedegasse 2.

8054

Carl Schnarcke Colonial-, Droguen- u. Farben-Waaren-Geschäft während des Baues Brodbänkengasse 44.

C. A. Lotzin Söhne Leinen-Handlung u. Wäsche-Fabrik empfehlen

Oberhemden

nach Maß, nach neuestem Schnitt, unter Garantie des Gutshaus.

Bier-Niederlage Heiligegeistgasse No. 1.

Echt Schweizer-, Limb. u.

vorzüglichen Werderläse

Heiligegeistgasse No. 1.

Danziger Action-Bier

in Flaschen à 50 Fl. weißes und grünes

Glas, à 5 M. exel.

Vieh-Salz

in Säcken à 126 U. Brutto, à 3 M.

Koch-Salz

in Säcken à 126 U. Brutto à 10 M.

empfiehlt die

Niederlage

von J. E. Stein

in Strasburg. (7867)

Buttermaschinen nach Leibnitz, amerit. und schweizer System.

Waschmaschinen und

Wäschewringer

empfiehlt billig

Johann Prey,

Heiligegeistgasse 66. (8072)

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

2807

Beilage zu No. 9150 der Danziger Zeitung.

Danzig, 3. Juni 1875.

Büschrist an die Redaction.

Neufahrwasser, 1. Juni. Am 25. v. M. verunglückte durch einen Sturz in den Laderaum ein Matrose des norwegischen Schiffes "Themis," Capt. Thorson. In Folge dessen wünschte der Capitän der "Themis" den Verstorbenen am Sonntag, den 30. Mai Nachmittags 5 Uhr beerdigen zu lassen, damit es sämtlichen hier anwesenden Landsleuten des Verstorbenen ermöglicht würde, ihrem Cameraden das Geleite zu seiner letzten Ruhestätte zu geben. Die amtliche Feststellung der Todesursache geschah im Laufe des Sonnabends, die Beihilfeten erhielten den Todesschein an diesem Tage gegen Abend, aber zu spät, um noch an demselben Tage die gesetzliche Anmeldung beim Standes-Amt in Danzig machen zu können. Dieses geschah nun durch den Vertreter des Capitäns am Sonntag in der einzigen Stunde Mittags, in welcher das Standes-Amt geöffnet ist. Der Herr Standesbeamte verlangte, daß der Capitän, der kein Wort Deutsch versteht, die Meldung des Todesfalls persönlich machen müßte, erklärte aber zugleich, daß der Beerdigung der Leichnäts im Wege stände, sobald die polizeiliche Genehmigung dazu vorhanden wäre.* Diese polizeiliche Genehmigung, wie auch ein Attest des hiesigen Sanitätsraths, daß der Beerdigung in sanitätspolizeilicher Beziehung nichts im Wege stände, wurde dem hiesigen evangelischen Pfarrer vorgelegt und derselbe um die Genehmigung zur Beerdigung eruchtet, welche derselbe aber ablehngt, weil er erst eine Bescheinigung des Standesamtes haben müßte, daß der Todesfall dort eingetragen wäre. Trotz vielfacher Bitten und Vorstellungen ließ der Herr Pfarrer sich nicht bewegen, an diesem Tage die Beerdigung zu gestatten und es mußte das sämtliche, hauptsächlich aus ausländischen Seelen entstehende Gefolge und die bestellten Träger unverrichteter Sache zurückkehren. — Solche Fälle können täglich vorkommen, und erscheint es demnach dringend geboten, daß für unseren Ort mit ca. 4000 Einwohnern und einer großen Anzahl fremder Seelen ein eigenes Standesamt eingerichtet werde.

*) Anmerkung d. Red. Wenn der Hr. Standesbeamte das wirklich erläutert haben sollte, so hat er darin ebenso geirrt, wie der Pfarrer in Neufahrwasser andererseits vollkommen dem Gesetz entsprechend gehandelt hat, die Beerdigung vor erfolgter Anmeldung beim Standesamt nicht zu gestatten.

Vermischtes.

Berlin. Fräulein Anna Hofmeister, vom Stadttheater zu Frankfurt a. M., deren Gastspiel an der hiesigen Hofoper — sie sang vorgestern die Elsa in der auf Wunsch des Königs von Schweden arrangierten Vohengrinvorstellung — ist für erstes Fach von nächster Saison an engagiert worden. Ihre Schwester, Fräuleine Hofmeister ist für kleine Rollen am hiesigen Schauspielhaus engagiert. Auch mit Herrn Dagobert Neuffer, ein Engagementsvertrag für das Schauspiel abgeschlossen. — Herr Wilhelm Müller, ein hiesiger Buchhändler, der sich in verschiedenen Concerten durch seine schönen Tenorstimmen hervorgethan, ist am hiesigen Opernhaus vom September d. J. an engagiert worden.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Effecten-Societät. Creditactien 209 $\frac{1}{2}$, Franzosen 262, Lombarden 96, Galizier 210 $\frac{1}{4}$, Hessische Ludwigsbahn 100 $\frac{1}{2}$, Continentale 74 $\frac{1}{4}$, 1860er Loosse 117 $\frac{1}{2}$, Spanier 19 $\frac{1}{2}$. — Thorsen. In Folge dessen wünschte der Capitän der "Themis" den Verstorbenen am Sonntag, den 30. Mai

Nachmittags 5 Uhr beerdigen zu lassen, damit es

sämtlichen hier anwesenden Landsleuten des Verstorbenen ermöglicht würde, ihrem Cameraden das Geleite zu seiner letzten Ruhestätte zu geben. Die amtliche Feststellung der Todesursache geschah im Laufe des Sonnabends, die Beihilfeten erhielten den Todesschein an diesem Tage gegen Abend, aber zu spät, um noch an demselben Tage die gesetzliche Anmeldung beim Standes-Amt in Danzig machen zu können. Dieses geschah nun durch den Vertreter des Capitäns am Sonntag in der einzigen Stunde Mittags, in welcher das Standes-Amt geöffnet ist. Der Herr Standesbeamte verlangte, daß der Capitän, der kein Wort Deutsch versteht, die Meldung des Todesfalls persönlich machen müßte, erklärte aber zugleich, daß der Beerdigung der Leichnäts im Wege stände, sobald die polizeiliche Genehmigung dazu vorhanden wäre.* Diese polizeiliche Genehmigung, wie auch ein Attest des hiesigen Sanitätsraths, daß der Beerdigung in sanitätspolizeilicher Beziehung nichts im Wege stände, wurde dem hiesigen evangelischen Pfarrer vorgelegt und derselbe um die Genehmigung zur Beerdigung eruchtet, welche derselbe aber ablehngt, weil er erst eine Bescheinigung des Standesamtes haben müßte, daß der Todesfall dort eingetragen wäre. Trotz vielfacher Bitten und Vorstellungen ließ der Herr Pfarrer sich nicht bewegen, an diesem Tage die Beerdigung zu gestatten und es mußte das sämtliche, hauptsächlich aus ausländischen Seelen entstehende Gefolge und die bestellten Träger unverrichteter Sache zurückkehren. — Solche Fälle können täglich vorkommen, und erscheint es demnach dringend geboten, daß für unseren Ort mit ca. 4000 Einwohnern und einer großen Anzahl fremder Seelen ein eigenes Standesamt eingerichtet werde.

G.

*) Anmerkung d. Red. Wenn der Hr. Standes-

beamte das wirklich erläutert haben sollte, so hat er darin ebenso geirrt, wie der Pfarrer in Neufahrwasser andererseits vollkommen dem Gesetz entsprechend gehandelt hat, die Beerdigung vor erfolgter Anmeldung beim Standesamt nicht zu gestatten.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Berliner Fondsbörse vom 2. Juni 1875.

Obgleich die Course der tonangebenden Effecten sich nicht auf gestriger Höhe halten konnten, so kann doch die Stimmung nicht eigentlich matt genannt werden. Die Herabsetzung des Coursniveaus scheint im Gegentheil eher die Veranlassung gewesen, daß sich mehr und mehr Kauflust einstellte, in deren Folge denn der Gesamtumfang nahm jedoch keine erweiterten Dimensionen an und ein etwas regerer Verkehr stellte sich nur für wenige Devisen ein. Der Geldverkehr bleibt

ebenso eingeschränkt; der Geldbegehr hält sich fortgesetzt in minimalen Grenzen und Disconten sind a 2½ pt. gefügt. Die internationalen Speculationspapiere stehen unter ihren gestrigen Schlufzourses ein und ließen sich anfänglich von der Baisse-Tendenz der Lombarden leiten. Die Misstimmung gegen Lombarden beutete man noch durch ein Werken des Courses der Prioritäten um 16 Francs aus. Die localen Speculationspapiere wurden wenig beachtet. Größerer Beliebtheit in freudsländischen Rentenpapiere; die-

selben waren sämtlich zu besseren Courses begehrt, auch 1860er Loos wurde lebhafter gehandelt. Amerikaner sehr ruhig. Russische Werthe dagegen gut behauptet, zum Thril auch den Cours bessernd und Bahnen ziemlich lebhaft. Preußische Fonds still, aber in fester Haltung ebenso andere deutsche Staatspapiere in belanglosem Verkehr. Das Prioritäten-Geschäft bewahrt seinen soliden Charakter; das offerierte Material findet leicht und ohne Courseinbuße Unterkommen und läßt meistens die Nachfrage kaum, nur machen, wie

+ Sinsen vom Staate garantiert.

	Hypothen-Pfandbr.	Dib. 1874	Dib. 1874	Gew.-Br. Schuster	Dib. 1874	Berg- u. Hütt.-Gesellsc.
Deutsche Fonds.	Unt. Bd. Br. & Br. 5 101	Russ. Central. do. 5 90,25	Berlin-Hamburg 185,50 12½	+ Stargard-Posen 100,75 4½	do. do. 5 70,50	Berg- u. Hütt.-Gesellsc.
Consolidirte Anl. 4½ 105,90	Bod. Crd. Hyp.-Bfd. 5 103	Russ. Pol. Schatzkgl. 4 88,30	Berlin-Nordbahn 1,50 —	Thüringer 115 7½	Int. Handelsgef. —	Dib. 1874
Pr. Staats-Anl. 4½ —	Gent. Bd. Cr. & Bfd. 5 107,30	Pol. Certific. Lit. A. 5 —	Berl. Bd. & Magd. 69 —	Lübst.-Insterburg 32,50	Königsl. Ver. B. 88,50 5¾	Dortm. Union Bgd. 14,25 —
do. do. 4 98,30	do. do. 4½ 100,60	do. Part.-Oblig. 4 —	Berlin-Stettin 135,25 9¾	Ungar. Ostbahn 5 61,60	Königs- u. Laurah. 99,50 —	
Staats-Schuld. 3½ 91,40	Rönd. do. 4½ 100,30	do. Pfd. & Em. G.-R. 4 83,90	Weimar-Gera. gar. 63 4½	Meining. Credit. 86 —	Stollberg, Bist. 24,50 —	
Pr. Präm. A. 1855 3½ 134,80	Danz. Hyp.-Pfd. 5 100	do. do. do. do. 5 81,90	Bresl. Schw.-Fbg. 82,75 7½	Norddeutsche Bank 138 10¾	do. St.-Br. 83,90 —	
Ostpreuß. Pfdbr. 3½ 86,60	Goth. Bräm.-Pfd. 5 111,25	do. Liquidat.-Br. 4 70,80	Köln-Minden 102 —	Ostf. Credit.-Anl. 6 6¾	Victoria-Hütte 44,50 —	
do. do. 4 96,30	Vomn. Hyp.-Pfd. 5 101,30	Amerik. Anl. p. 1882 6 98,40	Bresl.-Grajewo 40,60	Brem. Rittersch.-B. 121,25	Wechsel-Cours v. 2. Juni.	
do. do. 4½ 102,20	III. Em. rtg. 100 5 100	do. 4. Serie 6 99,10	do. Kiew 59,90 0	do. Bodenre. B. 97,75 8	Amsterdam 8 Tg. 3½ —	
Vomn. Pfandbr. 3½ 86,60	Stett. Rat. Hyp.-B. 5 101	do. Ant. g. 1885 6 102,90	+ Galiz. Carl.-L. B. 106 —	Pr. Tent. Bd.-Cr. 119 9½	do. 2 Mn. 3½ —	
do. do. 4 95,50	do. do. p. 1881 6 104,30	Halle-Sorau-Gub. 17,25 0	Gotthardbahn 93,75 6	Stett. Crd.-Anl. 56 0	London 8 Tg. 3½ —	
do. do. 4½ 102,25	Öster. Pap. Rente 4½ 64,60	do. St.-Br. 29,40 0	+ Kronpr. Ausb.-B. 63 5	Schaffhaus. Bntv. 95 —	Paris 8 Tg. 4 —	
Poisenische neue do. 4 94,70	do. Silber-Rente 4½ 68,40	do. St.-Br. 30,75 0	Büttich.-Limburg 13,40 0	Belg. Bankpl. 8 Tg. 3½ —		
Westpreuß. Pfdbr. 3½ 85,70	do. Loos 1854 4 112,50	do. St.-Br. 17 0	Desler.-Franz. St. 528 —	do. 2 Mn. 3½ —		
do. do. 4 95,20	do. Tabats.-Act. 6 353,50	do. Nordwestb. 276 —	+ Russl. St. 502 —	Wien 8 Tg. 4 183,70		
do. do. 4½ 101,90	do. Tabats.-Act. 6 118,25	do. B. junge 119,50 5	Reichenb.-Brd. 66 4½	do. 2 Mn. 4 182,40		
do. do. 5 106,25	do. Loos v. 1860 5 306	do. St.-Br. 54 0	Magdeb.-Halberst. 73,50 —	Veterburg 8 Wk. 4 280,50		
do. neue 4 94,40	Französische Rente 5 —	do. St.-Br. 66,75 3½	Rumänische Bahn 35 —	do. 3 Mn. 4 279,10		
do. do. 4½ 101,90	Ungar. Eisenb.-An. 5 76,90	do. C. 94,50 5	do. St.-Br. 90,50 8	Warschau 8 Tg. 4 281,40		
Vomn. Rentenbr. 4 97,25	Raab.-Graz.-Br. A. 4 171,50	do. St.-Br. 94,50 5	+ Russl. St. 112,25 —	Sorten.		
Vomn. do. 4 96,50	Stumänische Anleihe 8 105,80	do. St.-Br. 215,50 —	Ver. St. 27 —	Louisd'or 16,90 —		
Vomn. do. 4 97,20	Türk. Anl. v. 1885 5 43	do. St.-Br. 91,40 4	Centralb. 38,40 —	Dukaten 9,63 —		
do. do. 4 97,25	Türk. Anl. v. 1885 5 93	Münz. Genf. St. P. 24,50 5	Ver. St. 49,75 0	Sovereigns 20,56 —		
Vomn. do. 4 96,50	Nordhausen-Erfurt 36 4	Münz. Genf. St. P. 115,50 7	Ver. St. 24,50 0	Nordb. Pap. Fabr. 31,90 —		
Vomn. do. 4 97,20	Nordhausen-Erfurt 3 102,40	do. Westf. 13,30 —	do. Reichs-Cont. 73 —	Wöhrlsd'or 12,50 0		
Bad. Bräm. Anl. von 1867 . . 4 118,50	do. do. 1882 5 103,75	do. St.-Br. 29,50 0	Währen. Bau. G. 34 —	Imperial 16,82 —		
Bayer. Bräm. A. 4 119,25	do. do. von 1870 5 105,10	Oberschl. A. u. C. 139,25 —	do. 89,75 10	Dollar 4,21 —		
Braunsch. Br. -A. — 74,10	do. do. von 1871 5 102,80	do. St.-Br. 128,50 —	Centralb. f. Bauten 32 —	Fremde Banknoten 99,80 —		
Elb.-M. Br. & Co. 3½ 107,90	Nachen.-Maastricht 27,90 —	do. St.-Br. 42,40 0	Centralb. f. Ind. u. Hnd. 33 —	Deutsch. Reichsg. 184,15 —		
Hmbg. Orl. Loos 3 173	Russ. Stieg. 5. Anl. 5 87,50	do. St.-Br. 79,80 0	Danzig. Bank 66 —	Goldgulden 187,90 —		
Bäder Br.-Anl. 3½ 174,50	do. Stieg. 6. Anl. 5 100	do. St.-Br. 1,50 0	Doemitz. Bank 132,30 10	Östl. Banknoten 281,90 —		
Oldenburg. Loos 3 132	Berlin.-Anhalt 109,10 8½	do. St.-Br. 107,50 6½	Danzig. Pap. 23 —			
	do. do. von 1865 5 177,50	do. St.-Br. 108,70 6½	Deutsche Bank 79,60 —			
	Becklin.-Brd. 47 —	do. St.-Br. 113,50 5	Deutsch. Eff. u. W. 108 —			
	do. St.-Br. 84,25 5	do. St.-Br. 129,50 5	Deutsche Union. 72,10 3			
		do. St.-Br. 18,50 0	Doemitz. Bank 160 —			
		+ Oester. Marktfleisch 5 86,50	Doemitz. Bank 41,10 5			
		88,25 5				

So eben erschien:
Sommersfahrplan
der
Königlichen Ostbahn,
Berlin-Stettiner Eisenbahn
und
Deutschen
Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft
nebst Droschken-Tarif.
Preis 25 P.
Danzig. A. W. Kafemann.

Prima amerik.
Schmalz u. Speck
offerirt
Carl Treitschke.
Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Cölner Leim I.
a 2½ Lgr. empfiehlt
Carl Kohn, Fleischerg. 16.

Commandite, Milchkannengasse No. 16.

Probefäcke nach auswärts franco.

Yellowmetall, Kupfer,

Zinf von Schiffsböden

kaufst und zahlst den höchsten Preis

die Metallschmelze von

S. A. Hoch,

Johannisgasse 29.

Billigste Offerten von trockenen, stofffreien

bückeren Böhlen, 2½, 3 und 4 Zoll

starck, bitte unter Nr. 8049 in der Exped.

dieser Ztg. niederzulegen.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.

dieser Ztg. erbeten.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Johannisgasse 29.

Pr. 1000 Thaler

werden auf Wechsel u. pupillarische Sicherheit, zahlbar

nach 3 Monat. sofort gesucht.

Adr. werden unter 7991 in der Exped.</p